

Antrag

der Abgeordneten Hans Büttner (Ingolstadt), Gerd Andres, Klaus Barthel, Hans-Werner Bertl, Friedhelm Julius Beucher, Dr. Ulrich Böhme (Unna), Dr. Eberhard Brecht, Peter Conradi, Peter Dreßen, Freimut Duve, Gernot Eler, Petra Ernstberger, Elke Ferner, Lothar Fischer (Homburg), Gabriele Fograscher, Katrin Fuchs (Verl), Arne Fuhrmann, Monika Ganseforth, Norbert Gansel, Günter Gloser, Angelika Graf (Rosenheim), Achim Großmann, Hans-Joachim Hacker, Manfred Hampel, Alfred Hartenbach, Dieter Heistermann, Dr. Barbara Hendricks, Monika Heubaum, Uwe Hixsch, Reinhold Hiller (Lübeck), Gerd Höfer, Frank Hofmann (Volkach), Ingrid Holzhüter, Brunhilde Irber, Klaus Kirschner, Dr. Hans-Hinrich Knaape, Walter Kolbow, Thomas Krüger, Horst Kubatschka, Konrad Kunick, Brigitte Lange, Robert Leidinger, Erika Lotz, Ulrike Mascher, Ingrid Matthäus-Maier, Heide Mattischeck, Christian Müller (Zittau), Jutta Müller (Völklingen), Michael Müller (Düsseldorf), Doris Odendahl, Leyla Onur, Manfred Opel, Adolf Ostertag, Kurt Palis, Georg Pfannenstein, Joachim Poß, Karin Rehbock-Zureich, Margot von Renesse, Renate Rennebach, Bernd Reuter, Reinhold Robbe, Siegfried Scheffler, Otto Schily, Dieter Schloten, Ursula Schmidt (Aachen), Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Heinz Schmitt (Berg), Walter Schöler, Ottmar Schreiner, Ilse Schumann, Dr. R. Werner Schuster, Dr. Angelica Schwall-Düren, Bodo Seidenthal, Lisa Seuster, Horst Sielaff, Erika Simm, Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, Ludwig Stiegler, Jörg Tauss, Margitta Terborg, Uta Titze-Stecher, Adelheid Tröscher, Siegfried Vergin, Günter Verheugen, Karsten D. Voigt (Frankfurt), Reinhard Weis (Stendal), Jochen Welt, Hildegard Wester, Dr. Norbert Wieczorek, Berthold Wittich, Verena Wohlleben, Hanna Wolf

Umbenennung der Generaloberst-Dietl-Kaserne in Füssen und der General-Kübler-Kaserne in Mittenwald

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Bundesminister der Verteidigung wird aufgefordert, die Generaloberst-Dietl-Kaserne in Füssen sowie die General-Kübler-Kaserne in Mittenwald unverzüglich umzubenennen.

Bonn, den 2. Juni 1995

Hans Büttner (Ingolstadt)
Gerd Andres
Klaus Barthel
Hans-Werner Bertl
Friedhelm Julius Beucher
Dr. Ulrich Böhme (Unna)
Dr. Eberhard Brecht
Peter Conradi
Peter Dreßen
Freimut Duve
Gernot Erler
Petra Ernstberger
Elke Ferner
Lothar Fischer (Homburg)
Gabriele Fograscher
Katrín Fuchs (Verl)
Arne Fuhrmann
Monika Ganseforth
Norbert Gansel
Günter Gloser
Angelika Graf (Rosenheim)
Achim Großmann
Hans-Joachim Hacker
Manfred Hampel
Alfred Hartenbach
Dieter Heistermann
Dr. Barbara Hendricks
Monika Heubaum
Uwe Hicks
Reinhold Hiller (Lübeck)
Gerd Höfer
Frank Hofmann (Volkach)
Ingrid Holzhüter
Brunhilde Irber
Klaus Kirschner
Dr. Hans-Hinrich Knaape
Walter Kolbow
Thomas Krüger
Horst Kubatschka
Konrad Kunick
Brigitte Lange
Robert Leidinger
Erika Lotz
Ulrike Mascher
Ingrid Matthäus-Maier
Heide Mattischeck

Christian Müller (Zittau)
Jutta Müller (Völklingen)
Michael Müller (Düsseldorf)
Doris Odendahl
Leyla Onur
Manfred Opel
Adi Ostertag
Kurt Palis
Georg Pfannenstein
Joachim Poß
Karin Rehbock-Zureich
Margot von Renesse
Renate Rennebach
Berd Reuter
Reinhold Robbe
Siegfried Scheffler
Otto Schily
Dieter Schloten
Ursula Schmidt (Aachen)
Wilhelm Schmidt (Salzgitter)
Heinz Schmitt (Berg)
Walter Schöler
Ottmar Schreiner
Ilse Schumann
Dr. R. Werner Schuster
Dr. Angelica Schwall-Düren
Bodo Seidenthal
Lisa Seuster
Horst Sielaff
Erika Simm
Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk
Ludwig Stiegler
Jörg Tauss
Margitta Terborg
Uta Titze-Stecher
Adelheid Tröscher
Siegfried Vergin
Günter Verheugen
Karsten D. Voigt (Frankfurt)
Reinhard Weis (Stendal)
Jochen Welt
Hildegard Wester
Dr. Norbert Wiczorek
Berthold Wittich
Verena Wohlleben
Hanna Wolf

Begründung

Seit Jahren beantragen Bürger und Vereinigungen, u. a. Pax Christi, die Umbenennung der Generaloberst-Dietl-Kaserne in Füssen und der General-Kübler-Kaserne in Mittenwald, weil beide Wehrmachtsoffiziere führende Militärrepräsentanten des nationalsozialistischen Terrorregimes waren. Entsprechende

Beschlüsse des Petitionsausschusses hat das Bundesverteidigungsministerium bisher immer mit dem Hinweis abgelehnt, daß das Parlament eine Entscheidung von oben in seinem entsprechenden Beschluß vermieden wissen wollte und die betroffene Bevölkerung sowie die Soldaten der Standorte sich für die Beibehaltung dieser Namen ausgesprochen hätten. Andererseits hat aber das Verteidigungsministerium bisher nichts unternommen, um eine entsprechende Aufklärung der Bevölkerung und der Soldaten vorzunehmen, wie es der Bundestag ebenfalls verlangt hat. Darüber hinaus wurden Studien beim militärgeschichtlichen Forschungsamt in Auftrag gegeben. Obwohl diese Forschungsergebnisse seit langem dem Verteidigungsministerium vorliegen, hat dieses bis heute keine Entscheidung getroffen.

Anläßlich der Einweihung der Julius-Leber-Kaserne am 5. Januar 1995 in Berlin hat der Bundesminister der Verteidigung, Volker Rühle, ausweislich einer vom Ministerium zu diesem Anlaß herausgegebenen Broschüre erklärt: „Der Soldat der Bundeswehr ist bereit, sein Vaterland zu schützen und den Frieden zu sichern; er steht ein für unsere Verfassung und er übernimmt Verantwortung für Freiheit und Würde anderer. Julius Leber kämpfte gegen Nationalsozialismus und Diktatur – offen, unerschrocken, mit prinzipientreuer Kraft und vor allem: Von Anfang an. Das unterscheidet ihn von vielen anderen, bei denen Einsicht und Mut zur Gegnerschaft erst im Laufe der Zeit wuchsen.

Julius Leber hat seine Überzeugung in die Worte gefaßt: ‚Wenn es gilt, um die Freiheit zu kämpfen, fragt man nicht, was morgen kommt‘ – dafür nahm er jahrelang Haft in Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern in Kauf. Nicht Heroismus, sondern Pflichtbewußtsein und Verantwortungsbereitschaft bis zum Äußersten bestimmten sein Handeln.“

Generaloberst Dietl dagegen, der ausweislich aller militärgeschichtlichen Dokumente ein Anhänger Hitlers der ersten Stunde war, schon 1919 seine Leute, wie es z. B. in einem Beitrag der Zeitung „Donaubote“ in Ingolstadt heißt, dem Führer als Saalschutz zur Verfügung gestellt hat, erklärte u. a. noch am 15. November 1943 ausweislich der gleichen Zeitung: „Ich glaube an den Führer, der Krieg ist der unerbittliche Läuterer der Vorsehung, ist die Kraftprobe, die uns die Vorsehung auferlegt hat. Wir haben die Pflicht zu siegen, damit unsere Nachkommen leben können. Ich erkläre: Ich glaube an den Führer. Je schwieriger die Lage ist, desto mehr vertraue ich ihm. Ich glaube an das deutsche Volk, an seine Bestimmung und innere Stärke, ich glaube an meine Soldaten und die deutsche Jugend. In der Schicksalsstunde unseres Volkes hat die Heimat die gleiche Parole wie die Front. Der Glaube und die innere Stärke werden dem Volk den Sieg bringen.“

Diese und ähnliche Durchhalteparolen hielt Generaloberst Dietl z. B. am 13. November 1943 auch in Rosenheim und am 16. November 1943 in Graz.

In gleicher Art handelte General Kübler, der schon frühzeitig den Beinamen „Bluthund von Lemberg“ erhielt und der als Befehlshaber der Operationszone adriatisches Küstenland nachweislich

der von Roland Kaltenecker 1993 und 1994 und von Friedrich Andrea 1995 vorgelegten und veröffentlichten Dokumente den sogenannten Bandebefehl des OKW vom 16. Dezember 1942, nach dem im Kampf gegen Partisanen auch rücksichtslos gegen Frauen und Kinder vorgegangen werden sollte, in die Tat umsetzte. So lautete z. B. sein Korpsbefehl vom 24. Februar 1944 u. a.: „Terror um Terror! Im Kampf ist alles richtig und notwendig, was zum Erfolg führt. Ich werde jede Maßnahme persönlich decken, die diesem Grundsatz entspricht.“

Nicht nur Hunderte von unschuldigen Frauen und Kindern verloren dadurch ihr Leben, auch 300 Gebirgsjäger wurden deshalb unnötig in den Tod gejagt. Ein jugoslawisches Militärgericht verurteilte ihn deswegen 1947 zum Tode.

Eine solche Haltung widerspricht eindeutig der selbst von dem Bundesminister der Verteidigung, Volker Rühle, interpretierten Traditionspflege der Bundeswehr. Sie ist der Demokratie und, wie der Bundesminister der Verteidigung mit Recht sagte, der Mitverantwortung für die Freiheit und Würde anderer verpflichtet. Kasernen nach bewußten Antidemokraten wie Dietl und Kübler zu benennen, widerspricht deshalb eindeutig dem Auftrag und der Zielsetzung der Bundeswehr. Dabei kann es keine Rolle spielen, ob diese „Militärführer“ im Umgang mit ihren Soldaten oder anderen Bürgern während der Nazizeit gelegentlich „menschliches Verhalten“ an den Tag gelegt haben.

Da das Bundesministerium der Verteidigung bisher nicht in der Lage und bereit war, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, ist der Deutsche Bundestag aufgefordert, gerade im fünfzigsten Jahr der Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus jegliche Zweifel über Tradition, Zielsetzung und Wertvorstellung der Bundeswehr zu beseitigen.